



## **Stellungnahme für die Enquetekommission des Niedersächsischen Landtages „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“**

### **29. Sitzung am 24. November 2021**

Frauen haben beim ehrenamtlichen Engagement in den letzten Jahrzehnten zu den Männern aufgeschlossen, wie u.a. die Ergebnisse der Zeitverwendungsstudie belegen. Der Anteil engagierter Männer und Frauen ist inzwischen praktisch fast gleich hoch. Bei den Themen und Inhalten des Engagements ist jedoch nach wie vor eine deutliche Differenzierung der Geschlechter feststellbar. Diese folgt bekannten Mustern: Frauen engagieren sich besonders in den Bereichen Erziehung, Bildung und Soziales, Männer hingegen in der Politik oder in berufsbezogenen Feldern. Ein Unterschied besteht zudem bei der Besetzung von Leitungspositionen: Frauen übernehmen weniger Führungsämter im Rahmen freiwilliger Tätigkeiten.

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) setzt sich für eine umfassende Strategie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt ein, die Zeitpolitik, Gerechtigkeitspolitik und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch stärker verknüpft sowie konkrete Schritte für mehr Optionen in der partnerschaftlichen Lebens- und Arbeitszeitgestaltung konsequent in den Blick nimmt und befördert.

Der LFRN fordert Sofort-Maßnahmen auf Landesebene mit dem Ziel, junge Frauen für ein Ehrenamt und Führungsverantwortung in der Gesellschaft zu motivieren.

Der LFRN verweist an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die am 25.11.2020 eingebrachten detaillierten Forderungen und Maßnahmenvorschläge zur Vereinbarkeit von

- **Familie, Beruf und kommunalem Mandat**
- **Ehrenamt mit Kindern und mit Pfllegetätigkeit**

und

- **zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Ehrenamt**

Um tragfähige und effiziente Unterstützungsstrukturen für das Ehrenamt zu schaffen ist es aus Sicht des LFRN entscheidend – wie bereits in anderen Bundesländern umgesetzt – zügig eine

- **Geschlechtergerechte Ehrenamtsstrategie für Niedersachsen**

zu erarbeiten und umzusetzen.

Wissenschaftliche Begleitung (Freiwilligen-Survey) und Datenerhebung im Rahmen der Ehrenamtsstrategie sind wichtig für die Analyse in welchen Bereichen sich Frauen und Männer engagieren, wie sich die Beteiligung an Führungspositionen im Ehrenamt gestaltet und inwieweit die Maßnahmen und Förderungen des Landes die Geschlechtergerechtigkeit befördern.

Die Maßnahmen der Landeszentrale für Politische Bildung zur Stärkung des gesellschaftlichen und politischen Engagements von Mädchen und jungen Frauen mit dem Ziel der Motivation für die Übernahme von Führungsverantwortung in Ehrenamt sollen ausgebaut werden.

Das Bewusstsein für die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements von Frauen und Mädchen sollen durch ihre Sichtbarmachung gestärkt werden.

Die Vielfalt und die volkswirtschaftliche Bedeutung der von Frauen im Ehrenamt erbrachten Leistungen können in der Öffentlichkeit und den Medien durch regelmäßige Formate in Print- und Onlinemedien sowie durch Evaluationen, Forschung und Statistik beispielgebend hervorgehoben werden.

**Grundsätzlich fordert der LFRN:**

- Paritätsgesetz, damit die ehrenamtliche Arbeit auf männliche und weibliche Schultern verteilt und Frauen ihre Erfahrungen und Perspektiven in die Politik einbringen können
- Rollenstereotype bei der Besetzung von Gremien oder Besetzung von Posten abbauen
- Quotierung der Vorstände

Der LFRN begrüßt ausdrücklich das Vorhaben, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Mandat zu verbessern. Frauen engagierten sich in hohem Maße ehrenamtlich für die Gesellschaft, sind allerdings nach wie vor zu wenig an den Schaltstellen der Politik beteiligt – der Frauenanteil in den Parlamenten ist sogar rückläufig. Es ist offensichtlich, dass die Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Wahrnehmung politischer Mandate neugestaltet werden müssen.

Es ist Zeit, zu handeln: Der LFRN setzt sich für ein Paritätsgesetz ein und gehörte zu den ersten Frauenverbänden in Deutschland, die auf dieses Thema aufmerksam gemacht haben. Der LFRN fordert die Niedersächsische Landesregierung auf, das Gesetzgebungsverfahren für ein Paritätsgesetz so bald wie möglich auf den Weg zu bringen.

Der LFRN fordert den weiteren Ausbau des Mentoring-Programmes des Landes Niedersachsen zur Stärkung von Frauen in der Politik. Mit dem Blick auf die Erfahrungen, die Frauen auf dem Weg in die Kommunalpolitik machen, den Schwierigkeiten und Hindernissen denen sie begegnen, verweisen wir auf die ausführliche Stellungnahme von „Gleichberechtigung und Vernetzung e.V.“ im Rahmen der Anhörung im letzten Jahr. Der LFRN setzt sich für den Ausbau der hauptberuflichen Gleichstellungsarbeit in Niedersachsen ein.

Hannover, 24.11.2021